

Asylpolitik versus Menschenrechte

Gewerblich-Industrielles Bildungszentrum Zug

28. Juni 2005

1. Vorbemerkung

Auf der einen Seite debattieren wir heute Abend über das Schicksal einzelner Menschen. Diese Menschen haben einen Körper, eine Seele und Gefühle. Sie tragen Namen, haben Familien. Jede und jeder dieser Frauen, Männer und Kinder haben ihre eigene Geschichte. Es geht nicht um Zahlen. Es geht um Personen.

Auf der anderen Seite diskutieren wir wichtige gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Die emotionsgeladene Debatte über Ausländer- und Asylgesetz wird immer härter. Wir sind nach jahrelangen stetigen Verschärfungen nun an dem Punkt angelangt, an dem Grundrechte tangiert werden. Deshalb geht es in der Asylpolitik nicht mehr nur um technische Daten und um ein ausgeklügeltes Gesetz und dessen Umsetzung, sondern es geht um Grundfragen unserer Gesellschaft. Es geht um grundlegende Fragen für den Staat und auch für die Kirche. Es geht um unsere eigene Identität.

2. Die Situation

In der Schweiz leben zur Zeit ca. 24000 anerkannte Flüchtlinge. Dazu kommen etwa gleich viele Menschen mit dem Status der vorläufigen Aufnahme. Im Verfahrensprozess befinden sich ca. 21000 Menschen. Ihre Zahl ist seit Jahren sinkend. Im Vergleich zu den 1,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz leben, handelt es sich im Asylbereich um relativ wenig Menschen. Trotzdem wird seit vielen Jahren über unseren Umgang mit ihnen sehr heftig diskutiert. Die Asylpolitik ist ein äusserst umstrittenes, heikles und polemisches Thema für viele Schweizerinnen und Schweizer. Misstrauen, Unsicherheit und Abneigung sind weit verbreitete Gefühle. Relativ leicht lässt sich damit Parteipolitik machen - wie die letzten Jahre zeigen. Der Verdacht, dass wir als zu gutmütige Nation von sogenannten Schein-Flüchtlingen aus der ganzen Welt, schamlos ausgenutzt werden, hat sich wie ein Krebsgeschwür über das ganze Land ausgebreitet. Behörden, Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger sind davon befallen. Solidaritätsgruppen und Flüchtlingsorganisationen vertreten eine Minderheit der Bevölkerung.

Vor 10 Jahren wurde es deshalb möglich Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht einzuführen, um abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz ausschaffen zu können. Mindestens seit dann gelten in der Schweiz zwei verschiedene Rechte. Eines für Einheimische und eines für Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten. Es ist also nicht so, dass in der Schweiz alle Menschen die gleichen Rechte hätten. Ich halte diese Situation mindestens für bedenklich, wenn nicht bedrohlich.

Auf diesem Hintergrund debattiert und beschliesst unser Parlament zur Zeit die Revision des Asyl- und Ausländergesetzes. Auf diesem Hintergrund verfügte es auch den seit dem 01. April 2004 geltenden Fürsorgestopp für Personen mit einem Nicht-Eintretensentscheid.

Lassen sie mich kurz schildern, was nach diesem Entscheid im Kanton St.Gallen und in der Ostschweiz geschehen ist. Am 30. September wurden ca. 200 PNEE aus den Durchgangszentren ausgewiesen, das heisst auf die Strasse gestellt. Etwa 30 von ihnen beantragten Nothilfe in nahe gelegenen Gemeinden. Sie wurden (und werden) während der Nacht in Zivilschutzanlagen untergebracht, erhielten (und erhalten) entweder Morgen- und Abendessen oder 8 Franken/Tag und mussten (und müssen) den Tag im Freien verbringen. Einige Gemeinden verweigern die Nothilfe bis heute gänzlich. Von den anderen 170 Personen wissen wir sehr wenig. Einige schlugen sich selber durch, schliefen auf Bahnhöfen, in Parks oder im Wald. Andere kamen bei Landsleuten oder Freunden unter - manchmal im Kanton St.Gallen, manchmal in anderen Schweizer Städten. Eine kleine Gruppe, gemischt aus solchen die Nothilfe in einem kleinen Dorf beantragt hatten und solchen, die sich draussen durchschlugen, klopfen Mitte Oktober, während dem ersten Kälteeinbruch, bei mir und einer Pfarrkollegin im Toggenburg an und baten um

Unterstützung. Ich war über deren Berichte einigermaßen erstaunt, konnte beinahe nicht glauben, was ich hörte.

Ihre knapp erzählten Fluchtgeschichten lösten in den Gottesdiensten des darauf folgenden Wochenendes riesige Betroffenheit aus - auch bei eher konservativen Kirchgängerinnen und Kirchgängern. In eine Liste freiwilliger Köchinnen und Köche trugen sich sofort 16 Menschen ein. Nach weiteren Abklärungen und Diskussionen gründeten 3 Wochen später, am 06. November 2004, 32 Personen das Solidaritätsnetz St.Gallen, das dann bereits an der 2. Vollversammlung am 4. Dezember zum Solidaritätsnetz Ostschweiz umbenannt wurde. Das Netz versteht sich als breite Basisbewegung. Jede und jeder kann das einbringen, was er/sie will und kann. So gibt es verschiedene Beweggründe dem Solinetz beizutreten. Sie reichen vom Wunsch nach einer humanen schweizerischen Asylpolitik über das Mithelfen als FreiwilligeR bis zum Gebet für Menschen auf der Flucht. Heute sind wir rund 700 Mitglieder. Unsere Aktivitäten teilen sich in zwei Gruppen. Wir bieten humanitäre Hilfe vor allem für Menschen mit einem Nicht-Eintretensentscheid und wir leisten politische Arbeit der

Bewusstseinsbildung in unserer Region. Dazu gehören

- ein täglicher Mittagstisch. 70 Köchinnen und Köche wechseln sich ab. Zwischen 15 und 30 PNEE besuchen den Mittagstisch
- Beratung und Begleitung von PNEE
- Begleitung zu Behörden (z. Bsp. Sozialämter, Fremdenpolizei, Kantonspolizei, Untersuchungsrichter)
- Medizinische oder zahnärztliche Versorgung in Notfällen
- Besuche im Gefängnis
- Vorübergehende Übernachtung in Notfällen
- Wöchentlicher Gebetstreff
- Organisation von öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen
- Beteiligung an Gottesdiensten
- Besuche in Schulen
- Pressearbeit
- Unterschriftensammlungen
- Lobbying bei PolitikerInnen und Behörden

Viele PNEE, die ich in den letzten Monaten kennen lernte durchleben eine Krisenzeit ihres Lebens. Sie weinen oft. Fast alle kreisen um die Frage: Was soll ich jetzt tun? Wohin soll ich gehen? Manche kommen dabei in bedrohlich depressive Stimmungslagen, manchmal für Tage und Wochen.

Von vielen Behörden werden sie - erlauben sie mir diesen Vergleich - wie Pestkranke behandelt. Man will "NEE infizierte" absondern, wegschaffen. Einheimische, die sich um sie kümmern, werden sehr schnell ebenfalls als infizierte betrachtet. Wer sich mit ihnen solidarisiert begibt sich bereits an den Rand der Legalität. Mitglieder des Solidaritätsnetzes sind den Behörden und der Polizei suspekt. Informationen über sie werden gesammelt, Wohnungen durchsucht, Drohungen ausgesprochen. Ich weiss das aus eigener Erfahrungen.

2. Weshalb solidarisieren wir uns mit Personen mit NEE?

Die Solidarität mit PNEE ergibt sich aus zwei Blickwinkeln. Zum einen wenden wir uns den Menschen zu, die auf der untersten sozialen Skala unserer Gesellschaft leben. PNEE und Sans Papiers haben in der Schweiz am wenigsten Rechte und am wenigsten Mittel. Den Satz, den ich vor allem im Winter am meisten gehört habe hiess: "I feel rejected". Jene Frau, die in ihrer Heimat von Soldaten missbraucht wurde und jener junge Mann, dessen Familie von Rebellen und Militärs ausgelöscht wurde kamen schon als gebrochene Menschen in der Schweiz an. An jeder Bushaltestelle, an jeder Kasse im Einkaufszentrum, bei jeder Behörde erneut zu spüren, dass man nicht willkommen ist, das ist hart.

Die einen wenden sich ihnen aus Menschlichkeit zu, die anderen aus christlicher Überzeugung. Wie sich Jesus in seiner Zeit auf die Seite der Menschen am Rand stellte, so tun das einige seiner Nachfolgerinnen und Nachfolger heute. Sie erkennen Christus im Gesicht der Armen. "Ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig,

und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd, und ihr habt mich bei euch aufgenommen; ich war nackt, und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank, und ihr habt für mich gesorgt; ich war im Gefängnis, und ihr habt mich besucht" (Mat 25,35-36) gilt ihnen als Leitsatz.

Auf der anderen Seite wurzeln die Solidarität auch im Blick auf uns selbst. Es besteht die begründete Angst, dass der raue Wind, der den PNEE ins Gesicht bläst vor uns nicht Halt macht. Der berühmte Verdacht des Missbrauchs - ich nannte ihn vorhin ein Krebsgeschwür - wuchert ja nicht nur im Asylbereich. Schein-Arbeitslose, Schein-Invalide, Schein-Kranke bedrohen uns - so wird lautstark verkündet. Überall soll die Schraube angezogen werden. Weniger Sozialstaat, mehr sogenannte Eigenverantwortung lauten die Schlagworte. Deshalb sind wir nicht solidarisch, weil wir "naive Gut-Menschen" sind, sondern weil wir für einen Staat kämpfen, der die Schwachen schützt und der die Potentiale aller Menschen fördert. Wir kämpfen für eine humanitäre Schweiz, die von unseren Vorfahren aufgebaut wurde. Insofern geht es um unsere eigene Würde und Identität als Schweizerinnen und Schweizer.

3. Exkurs: Die Menschenwürde

Wenn wir darum kämpfen, dass die Grund- und Menschenrechte in unserem Land eingehalten werden, dann geht es um Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit setzt voraus, dass Menschen ein Recht darauf haben, Rechte zu haben (Hanna Arendt). Gerechtigkeit meint insofern keine subjektiven Empfindungen, sondern ein Rechtssystem, das eingehalten werden muss. Nicht nur vom Einzelnen, sondern auch vom Staat. Das Asylrecht darf deshalb nicht einseitig als verkapptes Instrument der Migrationspolitik benutzt werden, um den Staat zu schützen. Das Asylrecht muss in erster Linie Flüchtlinge schützen, die unser Land erreichen. Wenn jemand kein Asyl erhält, muss dann das Gesetz seine Wirkung behalten und angewandt werden. Die Person muss die Schweiz wieder verlassen. Die Umsetzung/bezw. Anwendung des Gesetzes darf die Würde des Einzelnen dabei aber nicht verletzen. Im 1. Artikel der Erklärung der Menschenrechte heisst es: " Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen...." Erlauben sie mir deshalb auf den Begriff der Würde kurz einzugehen. Er scheint mir zentral.

Aus theologischer Sicht leitet sich die Würde aus der Ebenbildlichkeit der Menschen zu Gott ab. Im ersten Schöpfungsbericht steht: "Dann sagte Gott: Nun wollen wir den Menschen machen, ein Wesen, das uns ähnlich ist. ... Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, er schuf Mann und Frau." (Gen 1,26a.27) Deshalb betonen die Kirchen, dass jeder Mensch gottgewollt ist und dass jeder Mensch eine Würde hat, die nicht von seiner Herkunft, seinem Tun oder seinem Charakter abhängt. Diese Würde ist mit der Geburt gegeben und unantastbar. Aus ihr leiten sich die Menschenrechte ab. Es ist aus diesem Grunde ein Skandal, wenn einer unserer Bundesräte vor einigen Wochen öffentlich und wiederholt die Meinung vertrat die Menschenwürde sei kein politisches oder gesellschaftliches Kriterium, weil sie beliebig interpretierbar sei. Die Achtung der Menschenwürde muss Grundlage all unseres Tuns sein, sowie die Einhaltung der Menschenrechte die Grundlage der Demokratie bilden. Aus diesem Grund ist es nicht möglich über die Würde eines Menschen oder über die Einhaltung der Menschenrechte eine Volksabstimmung durchzuführen. Denn nochmals: Ein demokratischer Staat setzt diese Grundlagen voraus.

In einem zweiten Schritt sprechen wir dann von konkreten Gesetzen, die die Würde des Einzelnen (und seine Autonomie) schützen müssen. Die Formulierung dieser Gesetze muss einerseits die Grundrechte beibehalten und andererseits den gegebenen Verhältnissen entsprechen. Die Gesetze müssen selbstverständlich durch demokratische Beschlüsse bestimmt werden. Insofern hat das konkrete Verständnis dafür, was menschenwürdig sei oder nicht einen subjektiven Aspekt, indem sie den Verhältnissen einer Gesellschaft entsprechen sollte. Eine menschenwürdige schweizerische Politik muss sich also an den heutigen Verhältnissen in der Schweiz messen lassen.

Aus diesem Grund bezeichnen wir die bereits beschlossenen und die zusätzlich geplanten Verschärfungen im Asyl- und im Ausländergesetz nicht nur als realitätsfremd, sondern auch als unverhältnismässig und unwürdig.

4. Perspektiven

Die Zukunft sieht für Flüchtlinge, die unser Land erreichen zur Zeit ziemlich düster aus. Wir befürchten, dass die geplanten Verschärfungen, die das Asylgesetz aushöhlen, dazu führen, dass gar keine Gesuche mehr gestellt werden und die Menschen gleich als Sans Papiers bei uns leben. Das kann nicht gut sein.

Falls der Nationalrat in der Herbstsession tatsächlich dem Ständerat folgen sollte, befürchte ich zusätzlich eine relativ starke Konfrontation zwischen Staat und Kirche. Die Kirchen werden den Verschärfungen in keiner Weise zustimmen können und haben das bereits wiederholt gemeinsam mitgeteilt. Eine solche Konfrontation kann nicht wünschenswert sein. Sie tut niemandem gut.

Die Warnlampen stehen in unserem Land auf rot. Viele haben noch nicht verstanden und gesehen, was auf dem Spiel steht. Ich freue mich, wenn dieser Abend dazu beitragen kann die Lage besser zu verstehen und wenn viele von Ihnen sich für eine realistische und menschenwürdige Schweizer Asylpolitik einsetzen. Danke.